

BASLER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Augmented Reality

So wird Ihr «Freisinn» lebendig!
Anleitung auf Seite 23



Die Baustellen anpacken

Das Wahlergebnis am 20. Oktober hat das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt. Parteipräsidentin Petra Gössi nimmt Stellung und zieht Schlüsse für die Zukunft.

Seite 7

Fortschritt statt Ideologie von gestern

Die FDP setzt sich für Lösungen in der Umweltpolitik ein – doch wer glaubt, das sei das einzige drängende Problem, irrt sich. Fraktionspräsident Beat Walti blickt voraus in die 51. Legislatur.

Seite 8

Der Staat als Preistreiber beim Wohnen

Ziel der Volksinitiative für «mehr bezahlbare Wohnungen» ist erschwinglicher Wohnraum. Mit massiven Markteingriffen würde aber genau das Gegenteil erreicht, erklärt Daniela Schneeberger.

Seite 19

Die Neugewählten stellen sich vor



Seiten 20 bis 23



Gemeinsam weiterkämpfen!

Für die Trendwende.

Basel hat gewählt. Das Ergebnis, wir müssen es ohne Umschweife sagen, ist eine grosse Enttäuschung. Es ist uns trotz grossem Einsatz und der richtigen Listenverbindungs-Strategie nicht gelungen, einen Sitz im Nationalrat zurückzuerobieren. Dies obwohl das liberale Lager in Basel als Ganzes zugelegt und schweizweit überdurchschnittlich abgeschnitten hat. Die Ergebnisse bedürfen natürlich einer vertieften Analyse. Mitverantwortlich ist sicher die Themenkonjunktur. Es ist uns nicht ausreichend gelungen, im Wahlkampf darzulegen, wie eine liberale und wirksame Klimapolitik aussieht. Die Bewegung hin zu den grünen Parteien war hierfür zu stark. Aber bei dieser Erklärung dürfen und werden wir es nicht belassen.

Auch bei den Regierungsratswahlen ist uns die bürgerliche Wende noch nicht gelungen. Unsere Vizepräsidentin Nadine Gautschi hat im Wahlkampf einen veritablen Steigerungslauf hingelegt

und sich zur ernstzunehmenden Konkurrentin für die linke Kandidatin gemausert. Die FDP hat damit einmal mehr bewiesen, dass sie über bestens qualifizierte Politikerinnen verfügt. In einem Kanton mit einer derart starken Linken müssen alle anderen Kräfte jedoch zusammenstehen, um erfolgreich zu sein. Bei diesen Wahlen war das leider nicht möglich, weil bei anderen Parteien wahltaktische Überlegungen überwogen.

In weniger als einem Jahr stehen bereits die kantonalen Gesamterneuerungswahlen vor der Tür. Jetzt sind wir alle gefordert. Der Vorstand, die Fraktion, die Kandidierenden – aber auch Sie, liebes Mitglied. Sie müssen mithelfen, damit uns die Trendwende gelingt. Lassen Sie uns gemeinsam für Freiheit weiterkämpfen!

Luca Urgese

Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Inhalt

- 3 Fraktionsarbeit
- 4 Abstimmung
Übertretungsstrafrecht
- 5 Mobilität der Zukunft
- 6 Basler Finanzpolitik
- 7 Petra Gössi Rückblick
auf die Wahlen 2019
- 8 Beat Walz blickt
auf die nächste Legislatur
- 9 Legislaturrückblick
des Generalsekretärs
- 10 Andrea Caroni:
Vorwärtsstrategie Wirtschaft
- 11 Damian Müller:
Leistungsbilanz Umweltpolitik
- 12 FDP.Die Liberalen Frauen
über die Wahlen
- 13 Jungfreisinnige:
Lancierung der Renteninitiative
- 14 Fotos aus dem Wahljahr
- 15 Das Team FDP im Wahljahr
- 16 Mit Menschenverstand
gegen Food-Waste
- 17 Aufruf zur Unternehmens-
Verantwortungs-Initiative
- 18 Christa Markwalder
zur Kündigungsinitiative
- 19 Daniela Schneeberger über
«Mehr bezahlbare Wohnungen»
- 20 Die Neugewählten
- 23 stellen sich vor

Kantonalteil:

FDP.Die Liberalen Basel-Stadt | 4000 Basel
T: 061 313 50 40 | E: info@fdp-bs.ch | www.fdp-bs.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



Wir gehen gemeinsam weiter

Die Schweiz braucht den liberalen Pol

Liebe Freisinnige

Vieles haben wir in den letzten Monaten richtig gemacht: Unsere Mitglieder und freiwilligen Helferinnen und Helfer haben ein enormes Engagement an den Tag gelegt, das mich zutiefst beeindruckt hat. Leider wurde der grosse Einsatz unserer Basis aber schlecht belohnt – letztlich hat uns der «grüne Tsunami» am 20. Oktober nicht verschont. Jetzt nehmen wir uns die Zeit für eine fundierte Analyse. Einen ersten Rückblick auf den Wahlkampf finden Sie in diesem «Freisinn».

Als Partei des Fortschritts schauen wir aber vor allem nach vorne: Ich freue mich zum Beispiel sehr, einige neue Gesichter in der FDP-Liberalen Fraktion begrüßen zu dürfen! In dieser Ausgabe stellen sich die neuen Nationalrätinnen und Nationalräte gleich selber vor.

Ständerats-Wahlkampf

Diesen November steigen in verschiedenen Kantonen die zweiten Wahlgänge für die noch offenen Ständeratssitze. Jetzt zählen noch einmal der Wille und das Engagement aller Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in den Kantonen. Ich werde unsere Kandidierenden für den Ständerat persönlich unterstützen und wünsche ihnen viel Kraft und Erfolg.

Liberaler Lösungen in allen Themen

Liebe Freisinnige, die FDP ist die Partei der Chancen. Um diese Chancen der Zukunft packen zu können, brauchen wir in allen Themen starke liberale

Lösungen, die wir zusammen erarbeiten. Das hat sich dieses Jahr einmal mehr klar gezeigt. Wir werden unsere Basis stärker einbeziehen. Wie wir bei der Umsetzung unserer freisinnigen Position in der Umwelt- und Klimapolitik unterwegs sind, zeigen wir Ihnen in dieser Ausgabe auf. Zudem präsentieren wir klare Forderungen, um den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken. Denn die Konjunktur schwächelt, unser Land braucht dringend eine Vorwärtsstrategie.

Gehen wir gemeinsam weiter

Vorwärtsgen wollen wir auch bei der Altersvorsorge, den Gesundheitskosten oder den Bilateralen. Zudem müssen bereits die nächsten schädlichen Initiativen abgewehrt werden, darunter insbesondere die Kündigungsinitiative. Ich bin fest entschlossen, diese Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen anzugehen. Die Schweiz braucht jetzt mehr denn je einen starken, lösungsorientierten liberalen Pol. Gehen wir diesen Weg gemeinsam. Gemeinsam kommen wir weiter.

Viel Vergnügen mit der Lektüre wünscht

Ihre Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Ein Blick hinter die Kulissen

Grossratsfraktion

Eine Fraktion ist die Delegation der gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier einer Partei, z. B. im Grossen Rat oder im Nationalrat. Der Fraktion steht jeweils ein Präsident vor, der die Kolleginnen und Kollegen führen und auf Linie bringen soll. Aber was macht eigentlich so eine Fraktion? Und was hat das mit den Wahlen zu tun?

Ein Teil der Arbeit der Fraktion im Grossen Rat ist öffentlich und für jeden ersichtlich, sei es von der Tribüne, per Webcam oder über die Abstimmungsergebnisse auf der Grossratsseite. Damit können Sie die Arbeit der gewählten Volksvertreter besser überwachen als die Kinder im Laufgitter, jedes «Ja» und «Nein» wird akribisch protokolliert. Und trotzdem sieht man damit nur das Resultat einer langen Kette.

Vom Parteiprogramm über Vorstösse zu Resultaten

Bevor ein Fraktionsmitglied einen Ja- oder Nein-Knopf im Grossen Rat drückt oder einen Vorstoss eingibt und verteidigt, braucht es viel Vorarbeit. In der Fraktionssitzung werden alle laufenden Geschäfte vorbereitet und abgestimmt. Es geht nicht nur darum, sich eine qualifizierte Meinung zu bilden, es geht vor allem auch darum, dass sich möglichst alle einig werden. Die Fraktion hat schliesslich umso mehr Einfluss, je geschlossener sie stimmt. Und das für möglichst alle Geschäfte. Das

waren in der Oktober-Session 75 Traktanden bzw. 119 Geschäfte!

Proaktiv, nicht nur reaktiv

Es geht nicht nur darum, zur aktuellen Agenda Stellung zu nehmen – und zumindest den grössten Unsinn abzuwehren oder guten Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Wir wollen als Fraktion ja die Ansichten unserer Partei, unsere Ideen und Vorschläge in die Politik tragen. Wir haben ein exzellentes Parteiprogramm, umfassend, konzis, voller guter Ideen. Aber wie bringt man diese PS auf die Strasse?

Eines meiner Ziele als Fraktionspräsident ist genau das, die Verzahnung von Parteiprogramm und Fraktionsarbeit. Die Fraktionsmitglieder sollen nicht nur ihre eigenen Inspirationen zu Vorstössen machen, sondern wir wollen gezielt unser Parteiprogramm umsetzen. So haben wir in den letzten Monaten unsere ohnehin schon langen Fraktionssitzungen noch weiter verlängert und uns in jeder Sitzung ein Kapitel des Parteiprogramms vorgeknöpft. Wie können wir den Kanton in die von uns

gewünschte Richtung bewegen? Wie lassen sich daraus Vorstösse machen? Wer kümmert sich darum? Harte Knochenarbeit!

Vom Kapitel Bildung zur Aufhebung des Kleinklassenverbots

Ein beispielhaftes Ergebnis dieser Arbeit haben Sie per Medienmitteilung am 23. Oktober erhalten. Darin werden drei Vorstösse vorgestellt, die die Fraktion der FDP im Grossen Rat eingebracht hat, angeführt von der Motion von Martina Bernasconi zur Abschaffung des Kleinklassenverbots, die an diesem Tag erfolgreich überwiesen wurde. Diese Vorstösse sind das Resultat der Umsetzung des Kapitels Bildung in Vorstösse.

Von erfolgreicher Parlamentsarbeit zu erfolgreichen Wahlen

So stelle ich mir erfolgreiche politische Arbeit vor. Wir haben unglaublich viel Brain-Power in unserer Partei und auch konkrete Vorschläge von Ihnen sind jederzeit willkommen. Wenn es uns gelingt, diese ausgezeichneten Ideen einerseits im Parlament erfolgreich in Vorstösse umzusetzen und andererseits diese Erfolge dann auch in der Bevölkerung und der Basis der FDP erfolgreich zu vermitteln, dann werden wir auch Erfolg bei den Wahlen haben. Sie alle können uns dabei helfen, indem Sie über diese Erfolge sprechen und sie weitertragen. Die Schweiz will weiter. Machen wir es möglich. Alle zusammen.

Stephan Mumenthaler
Grossrat und Fraktionspräsident der FDP

Das neue Übertretungsstrafgesetz

Abstimmung vom 24. November 2019

Das heute geltende Übertretungsstrafgesetz stammt aus dem Jahr 1978 und ist damit bereits 41 Jahre alt. In «Ehren ergraut», hat sich doch in den vergangenen vier Jahrzehnten vieles in unserem Lebensumfeld verändert. Diesen Veränderungen hat der Regierungsrat Rechnung getragen und bei der Überarbeitung denn auch gleich Tabula rasa gemacht, das Gesetz massiv entschlackt und modernisiert, jedoch auch in bedeutendem Masse liberalisiert.

Aber nicht nur die Regierung, auch die vorbereitende Kommission (JSSK) hat sich in vielen Stunden mit der neuen Gesetzesvorlage beschäftigt und, wo aus ihrer Sicht notwendig, entsprechende Anpassungen vorgenommen oder auch nur ein Feintuning gemacht. Zu guter Letzt hat der Grosse Rat im Februar dieses Jahres nach seiner Debatte das

neue Übertretungsstrafgesetz mit grossem Mehr verabschiedet.

Doch wodurch zeichnet sich das neue Übertretungsstrafgesetz nun gegenüber dem alten aus? Ich beleuchte dazu zwei Bereiche.

Veränderte Lebensgewohnheiten

Das neue Gesetz trägt den veränderten Lebensgewohnheiten Rechnung, indem die Nachtruhe neu auf 23 Uhr angehoben wurde. Statistische Erhebungen haben gezeigt, dass die Menschen knapp eine Stunde später schlafen gehen als noch vor 25 Jahren. Damit einhergehend ist einerseits eine Veränderung im Ausgehverhalten zu beobachten, andererseits aber auch die höhere Nutzung des öffentlichen Raums. Um diesem Bedürfnis, gemeinhin

auch als Mediterranisierung bezeichnet, gerecht zu werden, beginnt neu die Nachtruhe erst um 23 Uhr. Diese Verlängerung kommt auch dem Gastgewerbe zugute, das sich mit der Störung mitunter durch die Gäste konfrontiert sah. Eine Verlängerung des Nachtruhebeginns wird hier die notwendige Entlastung bringen.

Liberales Gesetz

Zudem ist das neue Übertretungsstrafgesetz in vielen Belangen liberaler geworden. Grundsätzlich soll bei gewissen Vergehen nicht sofort gebüsst, sondern vorgängig eine Verwarnung durch die Polizei ausgesprochen werden können. Erst bei Wiederholung wird eine Busse ausgesprochen. Beispielsweise wird künftig die Nutzung von Lautsprechern auf öffentlichem Grund zu den Tagesstunden ohne Bewilligung erlaubt sein, während dies in den Nachtstunden jedoch wie bis anhin verboten bleibt; ein vernünftiger Kompromiss, der breit abgestützt von allen Beteiligten getragen wird.

Mit dem neuen Gesetzeswerk ist ein effizientes Mittel mit zeitgemässen Richtlinien erstellt worden, das die heutigen Lebensgewohnheiten und Bedürfnisse der Bewohner unserer Stadt auf eine moderne Weise abbildet und berücksichtigt.

Christian C. Moesch, Grossrat FDP





Mobilität ermöglichen – heute wie morgen

Verkehrspolitik

Das Mobilitätsverhalten und damit auch die Ansprüche an die Verkehrsinfrastruktur stehen vor einschneidenden Veränderungen. Der Strassenverkehr wird in den nächsten 15 bis 20 Jahren erheblich an Bedeutung gewinnen. Anstatt diese Entwicklungen zielorientiert zu antizipieren, verharrt die Basler Verkehrspolitik in einem ideologisch motivierten Kampf der Verkehrsträger. Plädoyer für einen zukunftsgerichteten Blick auf die Mobilität.

Die Automobilindustrie nimmt Anlauf für den wohl grössten Technologiesprung ihrer Geschichte. Innovationen wie die Weiterentwicklung CO₂-freier Antriebsformen oder die Einführung selbstfahrender Autos werden sowohl unser Bild vom Strassenverkehr als auch unser Mobilitätsverhalten einschneidend und nachhaltig verändern.

CO₂-freie, energieärmere und folglich auch leisere Antriebsarten verbessern die Umweltbilanz des Strassenverkehrs, so dass er nicht nur wissenschaftlich messbar, sondern auch in den Köpfen der Menschen das Stigma der «Dreckschleuder» verliert. Dank der verbesserten Technik und dem Durchbruch von Sharing Economy-Lösungen beim Betrieb von selbstfahrenden Autos wird sich der Strassenverkehr entscheidend verbilligen und sich

für neue Kundengruppen öffnen (z. B. Kinder, mobilitätseingeschränkte oder ältere Personen).

Während der Staat die nötige Strasseninfrastruktur zur Verfügung stellt, wird der Verkehr selbst von einer privatwirtschaftlich organisierten Mischung aus individueller und kollaborativer Mobilität geprägt sein. Es wird weiterhin ein grosses Bedürfnis nach Privatbesitz geben – sei es das eigene Velo, der eigene Roller oder das eigene Auto. Ein beträchtlicher Teil des gesellschaftlichen Mobilitätsbedürfnisses dürfte jedoch kollaborativ, sprich durch Carsharing, gedeckt werden – eine Riesenchance für neue Märkte.

Die Industrie schreitet mit grossen Schritten diesem Zukunftsbild entgegen. Die Basler Verkehrspolitik hingegen verharrt in den Gedankengängen des 20. Jahrhunderts. Nach wie vor werden die Verkehrsträger ideologisch aufgeheizt gegeneinander ausgespielt. Anstatt die notwendigen Kapazitäten sicherzustellen, verliert sich die Politik in der Schaffung immer neuer Verkehrsschikanen, Einschränkungen und Verbote.

Dabei bräuchte es schon heute beträchtliche Investitionen ins Strassenverkehrsnetz. Das Bedürfnis nach Mobilität wird weiter zunehmen, sowohl durch das Bevölkerungswachstum, als auch durch den technologischen Fortschritt. Projekte wie der Bau des Rheintunnels oder die Planung des Westrings müssen folglich rasch vorangetrieben werden, damit das untergeordnete Strassennetz vom Durchgangsverkehr befreit wird und besser dem Zielverkehr dienen kann.

Bis zum Bau dieser Projekte sollten wir aber vor allem dafür besorgt sein, die Mobilitätsinfrastruktur nicht immer weiter einzuschränken und künstlich zu verknappen. Und vor allem sollten wir endlich den kleinlichen «Kampf» zwischen den Verkehrsträgern beenden. Mit einem Ja zu den «Zämme besser»-Initiativen, die am 9. Februar zur Abstimmung gelangen, kann ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung gemacht werden.

Patrick Erny, Vorstandsmitglied FDP

Anzeige



Schweizer Söhne Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch



Herausfordernde Zeiten

Basler Finanzpolitik

Die OECD arbeitet derzeit an einer Reform der internationalen Steuerregeln. Neu sollen Unternehmen dort stärker besteuert werden, wo der Umsatz anfällt und nicht wie heute der Gewinn. Für die Kantonsfinanzen könnte das drastische Auswirkungen haben, denn die linke Basler Finanzpolitik beschränkt sich bisher auf Selbstlob und Wachstum.

Ausgabenwachstum: Unaufhaltsam

Die Ausgaben des Kantons kennen nur eine Richtung: nach oben. Jedes Jahr gibt der Kanton mehr aus als im Jahr zuvor. 2015 drohte der Kanton dadurch in die roten Zahlen zu gelangen, was die Bürgerlichen mit einer Budgetrückweisung verhinderten. Selbstverständlich bringt das Bevölkerungswachstum zusätzliche Ausgaben mit sich. Wogegen wir uns seit Jahren wehren, ist ein überproportionales Ausgabenwachstum, wie es die Linke seit Jahren vorantreibt. Ohne auch nur eine Sekunde über bessere Alternativen nachzudenken.

Es ist das Departement von unserem Regierungsrat Baschi Dürr, das versucht, das Wachstum mit innovativen Lösungen aufzufangen und effizienter zu werden.

Beispielsweise in Form einer Entlastung der Polizei von administrativen Arbeiten durch Digitalisierung.

Aus den links geführten Departementen wartet man vergeblich auf vergleichbare Projekte. Es sind Vorstösse der FDP, die eine Digitalisierung der Steuererklärung und des Baubewilligungsverfahrens fordern.

Schuldenwachstum: Massiv

Wie ein Mantra behaupten linke Politikerinnen und Politiker, Rot-Grün habe die Schulden des Kantons abgebaut. Diese Behauptung ist schlicht und ergreifend falsch.

Seit Übernahme der Regierungsmehrheit durch Rot-Grün ist die Verschuldung pro Kopf von 28 656 Franken (2005) auf 36 515 Franken (2018) gestiegen. Der Kanton Basel-Stadt hat über 1,9 Milliarden Franken mehr Schulden als 2005. Gesunken ist lediglich die Nettoschuldenquote.

Luca Urgese

Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

AGENDA

3. Dezember 2019

Kleinbasler Fädee-Zieh

11. bis 12. Januar 2020

FDP-Winterweekend in Klostern

Details siehe: www.fdp-bs.ch



Buchpräsentation

Für Freiheit kämpfen

Am 24. September 2019 durften wir unser Jubiläumsbuch «125 Jahre Freisinn in Basel» vorstellen. In einem lockeren Gespräch diskutierten Alt-Regierungsrat Jörg Schild und Autor Benedikt Pfister mit unserem Vizepräsidenten Daniel Seiler über das Buch.

Das Buch kostet 29 Franken und kann direkt bei der FDP bestellt werden:

www.fdp-bs.ch/aktuell/jubilaebuch

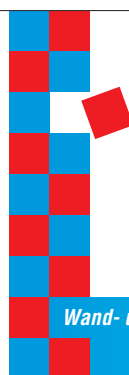


Anzeige

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30
Fax 061 641 21 67
soderbau@bluewin.ch



Lergenmüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54
Fax 061 641 21 67
lergenmueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken



Baustellen in der neuen Legislatur anpacken

Zu den Wahlen 2019

Das Wahlergebnis am 20. Oktober war eine Enttäuschung. Der grüne Tsunami hat uns trotz Schärfung unserer liberalen Umweltpolitik nicht verschont und das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt. Aber jetzt müssen wir nach vorne schauen – denn in vielen Politikbereichen braucht es liberale Lösungen, gerade auch in der neuen Ausgangslage.

Der Rückgang in Wählerprozenten enttäuscht. Vor allem schmerzen die Sitzverluste. Umso mehr, weil sie liberale Menschen treffen, die sich über Jahre mit Herzblut für unsere Heimat eingesetzt haben. Wir nehmen uns nun die Zeit für eine fundierte Analyse. Bereits jetzt lassen sich jedoch einige Schlüsse ziehen. So zeigt sich, dass eine gute Personalplanung absolut zentral ist. Wir brauchen in allen Kantonen langfristige Nachfolgestrategien mit entsprechenden Ausbildungen und Förderprogrammen. Ebenfalls wichtig sind langfristige Überlegungen zu möglichen Allianzen und Listenverbindungen, die von Kanton zu Kanton unterschiedlich sein können.

Gefreut hat mich das Engagement der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Es wurden Hunderte von Aktionen durchgeführt, und es wurde mit viel Freude und Elan gekämpft. Dieses Basisenga-

gement müssen wir weiter stärken. Es führt nichts daran vorbei, das Wissen und das Engagement unserer Mitglieder aller Ebenen weiter zu fördern und darauf zurückzugreifen.

Wir müssen an unseren Positionen arbeiten

Ein breit diskutiertes Thema in diesem Wahlkampf war die Stärkung unserer Umweltpositionierung im Wahljahr. Ich bin heute mehr denn je der Überzeugung, dass es die richtige Entscheidung war – auch in einem Wahljahr. Es ist heute klar, dass wir damit Schlimmeres verhindert haben. Die Stärkung wird sich in Zukunft noch mehr auszahlen. Ich bin überzeugt, dass wir hier den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Trotzdem, wir müssen uns jetzt grundsätzliche Gedanken machen. Denn die drei letzten nationalen Wahlen haben klargemacht, dass in erster Linie

extern diktierte Themen über Erfolg und Nichterfolg bestimmen. Dies zeigt, dass wir an all unseren Positionen konsequent arbeiten und diese weiterentwickeln müssen – damit wir auf alles vorbereitet sind. Wir brauchen in allen Themen starke Lösungen, die sich gegen diejenigen der anderen Parteien durchsetzen. Wir müssen inskünftig in allen Bereichen bereit sein, den Menschen liberale Lösungen offensiv präsentieren zu können. Hier liegt die Verantwortung von uns als Volkspartei. Schliesslich haben wir in den nächsten Jahren gemeinsam grosse Herausforderungen zu stemmen. Ich denke insbesondere an die Altersvorsorge und die Wirtschaftssituation.

Expertise aus der Basis einbeziehen

Dabei müssen wir die Expertise aus unserer Basis miteinbeziehen, wie das beim Themenkomplex Umwelt und Klima geschehen ist. Die Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Perspektive und ihre Lösungsvorschläge bezüglich eines Problems einzubringen. Geeignete Gefässe sind zu schaffen, und der Prozess ist zu definieren. Klar ist, dass der ordentliche Prozess der Positionierung erhalten bleiben muss.

Ich möchte mich nochmals ganz herzlich für Ihr Engagement für unsere Partei bedanken. Gerade jetzt braucht es uns mehr denn je!

Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Fortschritt statt Ideologie von gestern

Viele Herausforderungen für die 51. Legislatur

Das Wahlergebnis vom 20. Oktober zeigt, dass die Bevölkerung in der nächsten Legislatur Lösungen in der Umwelt- und Klimapolitik erwartet. Die FDP steht zu den ambitionierten Zielen – doch wer glaubt, das sei das einzige drängende Problem, irrt sich. Es braucht v. a. auch in der Europapolitik, bei der Rentenreform und in der Steuerpolitik liberale, freisinnige Lösungen zugunsten einer fortschrittlichen und zukunftsfähigen Schweiz. Auch in der 51. Legislatur wird die FDP auf die Kraft des Wettbewerbs setzen und rot-grüne Planwirtschaft und Bevormundung ebenso bekämpfen wie konservative Abschottung.

Der Ausgang der eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober war für die FDP ein Ausrufezeichen und ein Auftrag zugleich. In der kommenden Legislatur wird es absolut zentral sein, eine rot-grüne Politik der Bevormundung und Verbote zu verhindern. Die FDP wird im Zeichen des Fortschrittes weiterhin je nach Dossier und Vorlage mit unterschiedlichen Partnern Mehrheiten suchen, um die Schweiz weiter vorwärtszubringen.

Europapolitik: Sicherung des bilateralen Wegs

Das Europadossier wird die Bundespolitik in der neuen Legislaturperiode weiter intensiv beschäftigen. Einerseits gilt es, die brandgefährliche Kündigungsinitiative konsequent zu bekämpfen, weil sie das Ende des erfolgreichen bilateralen Weges bedeuten würde. Andererseits muss das zukünftige Verhältnis zur EU geklärt werden: Das Rahmenabkommen ist nötig, um den Zugang zum EU-Bin-

nenmarkt langfristig zu sichern und zu entwickeln. Aus Sicht der FDP ist das Verhandlungsergebnis im Grundsatz gut. Der Bundesrat muss aber weitere Konkretisierungen anbringen, wo der Vertragstext zu viel Interpretationsspielraum lässt.

Ehrliche Reform der Altersvorsorge

Wenn sich das Parlament zu Beginn der neuen Legislatur über die Reform AHV21 beugt, darf nicht erneut eine Ausbau-Vorlage entstehen, die später vom Volk abgelehnt wird. Wichtig ist, dass die Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre mit Augenmass festgelegt werden und die Einsparungen nicht gleich wieder zunichtemachen. Die Reform muss möglichst rasch in Kraft treten, damit die Finanzierung der AHV für die kommenden Jahre gesichert ist. Die langfristige Stabilisierung über eine strukturelle Reform ist ebenfalls in der nächsten Legislatur aufzugleisen. Zudem ist die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt in der zweiten Säule einzudämmen.

Attraktives steuerliches Umfeld

Kaum ist mit der STAF17 die Reform der Unternehmensbesteuerung gelungen, ziehen bereits wieder dunkle Wolken am Horizont auf. So plant die OECD eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft, welche u. a. eine internationale Mindestbesteuerung von Unternehmen bewirken soll. Um vorzuziehen und konkurrenzfähig zu bleiben, muss die Schweiz bestehende steuerliche Wettbewerbsnachteile abbauen. Ich denke dabei etwa an die angekündigte Reform der Verrechnungssteuer und die Abschaffung der Stempelabgaben. Der berechtigte Feldzug gegen die «Heiratsstrafe» kann nur mit der Individualbesteuerung erfolgreich abgeschlossen werden. Der Kampf gegen die 99-Prozent-Initiative der JUSO bietet die Chance, die extreme Progression der Besteuerung zu thematisieren.

Freisinnige Lösungen für Energie und Umwelt

Nachdem der Ständerat in der Herbstsession 2019 den Weg für einen tragfähigen Kompromiss bei der Totalrevision des CO₂-Gesetzes vorgespurt hat, liegt der Ball jetzt bei der grossen Kammer, um gezielte Verbesserungen an der Vorlage vorzunehmen. Es braucht Massnahmen im In- und Ausland, die auf Fortschritt, Eigenverantwortung und Kostenwahrheit setzen. Wir werden uns dabei auch weiterhin am freisinnigen Positionspapier zur Umwelt- und Klimapolitik orientieren. Zudem muss endlich die vollständige Strommarktöffnung in die Wege geleitet werden, um u. a. die Versorgungssicherheit zu sichern.

Beat Walti
Nationalrat, Fraktionspräsident

Ein gutes Team: Die FDP-Liberale Fraktion (hier noch vor den Wahlen) und die Mitarbeiter des Generalsekretariats.



Vier fordernde Jahre

Die Struktur der Partei in Vollbelastung

Eine äusserst intensive Legislatur liegt hinter der Partei. Nicht nur politisch, sondern auch in der Parteistruktur wurden wichtige Weichen gestellt. Ein breites Fundament für die nächsten Jahre ist gelegt.

Wohl kaum eine andere Partei hatte in der vergangenen Legislatur so viele Grossprojekte zu bewältigen. Insbesondere drei Ereignisse waren für die Partei wichtige Weichenstellungen: Der Wechsel des Parteipräsidiums, wo Petra Gössi das Zepter von Philipp Müller übernahm. Dann der Rücktritt von alt Bundesrat Didier Burkhalter 2017 und der Prozess bis zur Wahl von Bundesrat Ignazio Cassis sowie schliesslich, nur ein Jahr später, der Rücktritt von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann und die Wahl von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Planung, Organisation und Durchführung dieser aussergewöhnlichen Ereignisse waren eine grosse Herausforderung für die Parteistrukturen, insbesondere auch für das Generalsekretariat.

Im Laufe der Legislatur hat das «GS» als politische Stabs- und administrative Zentralstelle der Partei eine umfangreiche Reorganisation erfahren, um noch schlagkräftiger zu werden. Als Beispiel dient die Professionalisierung der Parteianlässe: Wir haben unter anderem 15 Delegiertenversammlungen, 2 Parteitage, 4 Fraktionsseminare, 1 nationaler Wandertag, 1 Jubiläumswochenende und 1 Wahlkampfcamp erfolgreich gestemmt. Von Anlass zu Anlass haben wir weiteroptimiert und jedes

Mal ein höheres Niveau erreicht. Daneben nahmen wir wichtige Investitionen und Entwicklungen im digitalen Bereich vor, die für die langfristige Arbeit der Partei zentral sind.

Alle Bereiche des Generalsekretariats gefordert

Die FDP ging zudem aus 31 von 33 Volksabstimmungen als Siegerin hervor. Das zeigt, wie nah der Freisinn an den Menschen politisiert. Es zeigt aber auch, dass das Kampagnenteam der Partei hervorragende Arbeit leistet. In besonderer Erinnerung bleiben mir Vorlagen wie die Durchsetzungs-Initiative, die Altersvorsorge 2020, die Selbstbestimmungs-Initiative, die AHV-Steuervorlage STAF – aber auch die verlorene Unternehmenssteuer-Reform III.

Auch auf inhaltlicher Ebene haben wir viel erreicht, etwa durch wichtige Positionspapiere. Besonders hervorzuheben sind hier die Vorwärtsstra-

tegie Wirtschaft, das Europapapier und natürlich unsere Position für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik. Oft liefen solche inhaltlichen Projekte parallel zu anderen Grossprojekten wie Bundesratswahlen oder eidgenössische Wahlen und Abstimmungen.

Gute Ausgangslage für die Zukunft

Zwar können wir mit dem Resultat der Wahlen nicht zufrieden sein – der riesige Einsatz der Basis und der Partei wurde schlecht belohnt. Nichtsdestotrotz konnten wir Schlimmeres abwenden, auch dank vieler innovativer Kampagnenmassnahmen: So setzte die FDP als erste Schweizer Partei auf einen systematischen, datengestützten Tür-zu-Tür-Wahlkampf und führte eine Onlinekampagne durch, die die Schweiz noch nie gesehen hat. Der Wahlkampf der FDP – gerade die Basismobilisierung – hat für die Schweiz neue Massstäbe gesetzt.

Hinter uns liegt eine unheimlich intensive und anstrengende Legislatur. Eine Legislatur, die auch das «GS» an die strukturellen Grenzen gebracht hat. Die vollständige Wirkung der Arbeiten und Innovationen wird aber erst in einigen Jahren sichtbar. Darauf dürfen wir uns freuen.

Samuel Lanz
Generalsekretär FDP.Die Liberalen

«Die volle Wirkung der Innovationen wird erst in einigen Jahren sichtbar.»



Die Lage der Wirtschaft in der Welt, in Europa und in der Schweiz verdüstert sich. Entwicklungen wie der US-chinesische Handelsstreit, eine mögliche Rezession in Deutschland oder erodierende Beziehungen zur EU können die offene und exportorientierte Schweiz empfindlich treffen. Darum ist es höchste Zeit für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zum Nutzen aller.

Heute ist die Arbeitslosigkeit tief, der Wohlstand breit verteilt und die Chancenvielfalt gross. Das ist jedoch nicht selbstverständlich, sondern das Resultat von langer, harter Arbeit und weitsichtigen Entscheidungen. Doch darauf können wir uns nicht ausruhen, denn die wirtschaftspolitischen Zeichen verdüstern sich. Wir müssen optimale Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen in ihren Entscheidungen möglichst frei sind, gute berufliche Perspektiven haben und weder von hohen Steuern noch einer übermässigen Paragrafenflut gegängelt werden. Wir müssen jetzt handeln und wichtige Reformen anpacken, bevor es zu spät ist. Darum

haben wir am 22. August 2019 eine Vorwärtsstrategie präsentiert. Eine Auswahl unserer Forderungen finden Sie hier, zum vollständigen Papier gelangen Sie über unsere Website oder indem Sie das Bild mit der XTEND-App scannen.

- Wir müssen den Unternehmen **Innovation** erlauben und sie nicht in unnötige bürokratische Kämpfe verwickeln. Der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer z. B. ist lange überfällig.
- Als Hochtechnologieland braucht die Schweiz genügend gut qualifizierte **Fachkräfte** – aus dem In- wie dem Ausland. Darum fordern wir bei-

spielsweise ein Start-up-Visum für die Techszene.

- **Libérale Rahmenbedingungen** im Inland fördern einerseits die Binnen- und die Exportwirtschaft und machen die Schweiz andererseits attraktiv für Investitionen und neue Arbeitsplätze aus dem Ausland. Darum sind wir etwa gegen Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen.
- Der **Zugang zum EU-Binnenmarkt** nützt uns und muss langfristig abgesichert werden. Gleichzeitig ist das Netz der Freihandelspartnerschaften ausserhalb der EU zu stärken.
- Wir fordern eine langfristige **Steuerstrategie** der Schweiz: Die Höhe muss für alle verhältnismässig sein, und Steuereinnahmen sind mit attraktiven Bedingungen am Standort Schweiz zu sichern. Zudem muss das Steuersystem einfach sein und darf Leistungswillen nicht bestrafen.
- Unser exzellenter **Forschungs- und Innovationsplatz** hängt zu einem grossen Teil von der Teilnahme an den EU-Forschungsrahmenprojekten ab. Das wollen wir weiterführen. Gleichzeitig sind mehr Kooperationen mit führenden Forschungsstaaten ausserhalb von Europa anzustreben.
- Wir brauchen eine **Finanzplatzregulierung**, welche zwar die Risiken eliminiert, nicht aber gleich den ganzen Finanzsektor mit dazu.

Die zuständigen Bundesräte und das Parlament sind in der Verantwortung, die zurzeit noch gute Ausgangslage durch eine aktive Strategie gezielt zu stärken und Wettbewerbsnachteile abzuschaffen. Statt gemeinsam vorwärtzuschreiten, fordern jedoch gewisse Kräfte mehr Regulierung und Ausgaben. Andere Kräfte treiben ihre Politik der Abschottung voran. Dies können wir uns nicht erlauben, denn die Wirtschaft braucht liberale Rahmenbedingungen.

Andrea Caroni, Ständerat AR





Mit Verstand und Augenmass handeln

Umsetzung des Positionspapiers in vollem Gang

Die FDP hat Anfang Jahr das Versprechen abgegeben, ihre Umwelt- und Klimapolitik zu stärken. Aus der Beratung des CO₂-Gesetzes im Ständerat und anhand der eingereichten und teilweise bereits angenommenen Vorstösse wird klar, dass wir unser Versprechen gehalten haben und die Umsetzung des Positionspapiers in vollem Gang ist. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Für die FDP ist klar, dass wir gegenüber den nachfolgenden Generationen eine Verantwortung tragen. Nichtstun ist keine Option! Unter Einbezug unserer Basis sowie sämtlicher Parteigremien wurde innert wenigen Monaten eine starke, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erarbeitet, die sich an den liberalen Prinzipien Eigenverantwortung, Innovation und Kostenwahrheit orientiert und von den Delegierten am 22. Juni sehr klar bestätigt wurde.

Gegen Verbotspolitik und Verweigerungshaltung

Im Gegensatz zu anderen Parteien orientiert sich die umweltpolitische Position der FDP an einem um-

fassenden Begriff der Nachhaltigkeit, ist also ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig. Nur so lassen sich echte Fortschritte erzielen. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir vermutlich die erste Generation sind, die den Klimawandel im Alltag tatsächlich spürt, und gleichzeitig auch die letzte Generation, die tatsächlich wirksame Massnahmen gegen den Treibhausgasanstieg ergreifen kann. Ob im neu-

en CO₂-Gesetz oder mit den bereits eingereichten Vorstössen, wir setzen auf einen ausgeklügelten Massnahmenmix, der diejenigen profitieren lässt, die sich für den Klimaschutz einsetzen.

Totalrevision CO₂-Gesetz

Das vom Ständerat verabschiedete CO₂-Gesetz ermöglicht die konforme Umsetzung der Pariser Klimaziele. Die Rückmeldungen unserer Basis und die Erarbeitung des Positionspapiers waren für die Vertreter der FDP eine zentrale Stütze. Unter unserer Federführung konnten wir im Ständerat diverse Massnahmen beschliessen, an denen sich die Wirtschaft, der Gebäudesektor und der Verkehr orientieren können. Auch wenn in der weiteren Detailberatung durchaus noch Korrekturen möglich und nötig sind, ist der Gesetzesentwurf bereits jetzt ziemlich ausgewogen. Gemäss dem liberalen Grundgedanken kann jeder Mensch selbst entscheiden, ob er sich klimafreundlich verhalten will oder nicht. Sowohl bei der Mobilität als auch bei Heizungen gilt: Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel. Das gilt speziell für die neu eingeführte Flugticketabgabe. Denn ein Grossteil wird wieder an die Bevölkerung zurückverteilt. Aus dem Klimafonds werden Mittel für Massnahmen zur langfristigen Verminderung der CO₂-Emissionen von Gebäuden, im Luftverkehr und für Klimainnovationen in der Schweiz und weltweit verwendet.

Weitere Massnahmen

Die FDP hat neben dem Fokus auf die Beratung des CO₂-Gesetzes zahlreiche Forderungen des Positionspapiers mit über 30 Vorstössen in den politischen Prozess geschickt (siehe die Forderungen der FDP auf unserer Homepage). Die Fraktion fordert den Bundesrat auf, das Potenzial von Fernwärme- und Fernkälteanlagen aus erneuerbaren Energien zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Sicherung der Energieversorgung aufzuzeigen. Ein weiterer Vorstoss regt die Schaffung von Pilotregionen im Strassenverkehr an, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Ebenso soll die Finanzbranche neue Anreize erhalten, um nachhaltige Anlagen zu fördern. Es tut sich also einiges – wir halten, was wir versprechen! Die FDP nimmt ihre Rolle ernst und wird diesen Weg weitergehen. Denn es braucht auch in der Umwelt- und Klimapolitik griffige, freisinnige Lösungen, wenn wir nicht in einer Welt voller Verbote und Bevormundung landen wollen.

Damian Müller, Ständerat LU

«Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel.»

Erfreulicher Wahlsonntag für die Frauen

Neue weibliche Kräfte nach Bern

Die FDP.Die Liberalen Frauen sind sehr erfreut über die guten Ergebnisse von unseren Kandidatinnen am Wahlsonntag. So ist die FDP-Delegation neu mit mindestens 10 Frauen im Nationalrat vertreten (bei Redaktionsschluss waren die Resultate der zweiten Wahlgänge noch nicht bekannt), was einem Zuwachs von 13,3 Prozent entspricht. Zudem könnten infolge der zweiten Wahlgänge in den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Bern noch drei weitere Sitze in die Hände weiblicher Kandidatinnen kommen.



Anna Giacometti



Simone de Montmollin



Susanne Vincenz-Stauffacher Bild: St. Galler Tagblatt, Raphael Ribli



Jacqueline de Quattro

Mit einem Frauenanteil von 41 Prozent auf den Hauptlisten war die Anzahl kandidierender Frauen bei der FDP so hoch wie noch nie zuvor. Dies wi-

derspiegelt sich nun in der Anzahl der gewählten Volksvertreterinnen, die neu bei mindestens 10 von insgesamt 29 FDP-Fraktionsmitgliedern liegt. Dies

entspricht einem Zuwachs von 21,2 Prozent auf 34,5 Prozent. Nebst der Wiederwahl der bisherigen Vertreterinnen dürfen wir vier neue Nationalrätinnen begrüßen. Zudem lassen sich in einigen Kantonen weitere Erfolge feiern: So sind mit Karin Büttler-Spielmann (SO), Natalia Ferrara (TI), Nadine Gobet (FR), Sandra Hess (BE), Maja Riniker (AG), Saskia Schenker (BL) und Karin Weigelt (SG) weitere bestens qualifizierte Kandidatinnen auf den ersten Ersatzplätzen.

Die FDP-Deputation in der grossen Kammer setzt sich neu aus folgenden Nationalrätinnen zusammen:

- | | |
|---------------|--|
| Neu | <ul style="list-style-type: none">• Anna Giacometti (GR)• Simone de Montmollin (GE)• Jacqueline de Quattro (VD)• Susanne Vincenz-Stauffacher (SG) |
| Bisher | <ul style="list-style-type: none">• Doris Fiala (ZH)• Petra Gössi (SZ)• Christa Markwalder (BE)• Isabelle Moret (VD)• Regine Sauter (ZH)• Daniela Schneeberger (BL) |

Wachsender Trend

Seit 1972 zeichnet sich im Nationalrat ein stets wachsender Frauenanteil ab. Lag dieser dazumal noch bei 7 Prozent, so ist dieser heute deutlich höher. In Folge des Zeitgeistes sowie aufgrund von zwei intensiven Bundesratswahlen und vielen Geschäften im Bereich der Gleichstellungspolitik erhielten die FDP.Die Liberalen Frauen in den vergangenen Jahren viel Visibilität und offensichtliche Sympathie. Dies freut uns ausserordentlich, wenngleich das Potenzial für mehr Diversität in Politik und im beruflichen Alltag noch besser genutzt werden kann.

Die FDP.Die Liberalen Frauen sind seit langem mit einem ehrgeizigen und schweizweiten Event-Programm aktiv. Ziel ist es, Slogans und Begrifflichkeiten mit Inhalten zu füllen. Insbesondere die Begrifflichkeit der «Verantwortung» griffen wir aktiv auf. Auch deshalb ist es uns gelungen, die Visibilität unserer Frauen zu steigern. Sie wurden dadurch motiviert, gefördert und vernetzt. Nebst den klassischen gesellschaftspolitischen Fragen standen Themen wie Sicherheit, «grüne DNA» sowie fortschrittliche Technologien im Fokus. Die Schweiz verfügt über eine Vielzahl talentierter und gut gebildeter Frauen, die wir auch in Zukunft noch vermehrt fördern und gemeinsam weiterbringen möchten. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Politik und Familie bleibt auch in den kommenden Jahren anspruchsvoll. Wir sind an vorderster Front und mit Herzblut dabei.

Chiara Lustenberger, Wahlkampfleiterin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Patrick Eugster: «Obwohl mit der AHV21-Vorlage eine Flexibilisierung des Rentenrücktrittsalters zu erwarten ist, wird die grosse Herausforderung der alternden Gesellschaft nur ungenügend angepackt.»



Komitee lanciert Renteninitiative

Generationengerechte Sozialwerke möglich machen

Im letzten Juni haben die Jungfreisinnigen Schweiz einstimmig die Lancierung einer Volksinitiative zur Angleichung des Referenzalters an die Lebenserwartung beschlossen. Am 5. November 2019 wurde nun nach einer intensiven Vorbereitungszeit die angekündigte Initiative erfolgreich lanciert.

Die Initiative möchte die AHV in drei Schritten sanieren. Erstens soll das Rentenalter für Frauen bis 2032 an dasjenige für Männer angeglichen werden. Parallel dazu soll zweitens das Rentenalter in 2-Monats-Schritten auf 66 erhöht werden. Schliesslich wird drittens das Rentenalter an die Entwicklung der Lebenserwartung gebunden. Dabei wird das Rentenalter automatisch erhöht, wenn wir länger leben. Dies garantiert nachhaltig sichere Renten. Die Initiative sieht zudem Übergangsbestimmungen vor, wonach das Renteneintrittsalter fünf Jahre vor der Pensionierung bekannt sein muss. Dies garantiert den Bürgerinnen und Bürgern Planungssicherheit.

Initiative drängte sich auf

Für die Jungfreisinnigen war von Beginn weg klar, dass ein Ja zur AHV-/Steuervorlage nicht das Ende, sondern erst der Anfang einer echten Reform der Vorsorgewerke ist. Die Alterung der Gesellschaft ist seit Jahren Realität, und die Politik hat es

verpasst, die AHV nachhaltig zu sanieren und Fehlkonstruktionen im BVG zu beseitigen. Obwohl mit der AHV21-Vorlage zwar eine Flexibilisierung des Rentenrücktrittsalters zu erwarten ist, wird die grosse Herausforderung der alternden Gesellschaft nur ungenügend angepackt. Die Lancierung einer Initiative hat sich damit schon fast aufgedrängt.

Im internationalen Vergleich wäre eine Erhöhung des Rentenalters weder Neuland noch ein radikaler Vorschlag. Denn ein Grossteil der europäischen Länder hat bereits eine Erhöhung des Rentenalters auf teilweise 67 Jahre und höher umgesetzt oder beschlossen. Auch das gleiche Rentenalter von Frau und Mann ist mittlerweile Standard.

Wenn wir ehrlich zu uns selber sind, ist es auch ganz einfach eine logische Konsequenz, dass wir etwas länger arbeiten müssen. Denn die demografischen Herausforderungen sind Realität und können nur mit einem höheren Rentenalter bewältigt werden. Tun wir nichts, geht die AHV Konkurs.

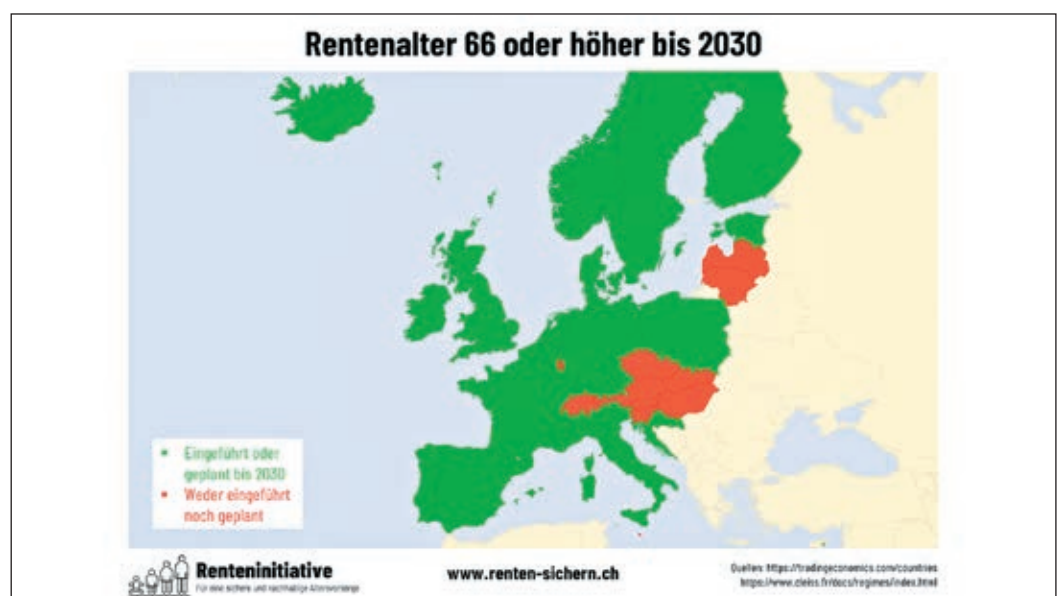
Unterstützen Sie uns!

Um unser Sammelziel zu erreichen, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Mehr Infos zur Initiative, dem Initiativkomitee (bestehend aus Jungfreisinnigen und FDP-Politikern) sowie die diversen Unterstützungsmöglichkeiten sind auf unserer Website zu finden: www.renten-sichern.ch.

Vielen Dank, dass Sie zusammen mit uns die AHV retten!

Patrick Eugster

Präsident Initiativkomitee «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»



Der europäische Vergleich zeigt: Die Schweiz hinkt bei der Anpassung des Rentenalters an die steigende Lebenserwartung arg hinterher.

Aus dem Fotoalbum der FDP

Das war das Wahljahr 2019

Es war lang und intensiv, das Wahljahr 2019. Wir präsentieren Ihnen einige der besten Schnappschüsse.



Ein grosser Erfolg im heissen Sommer: Die FDP-Sonnencreme-Aktion – damit Du kein Roter wirst.



Das 125-Jahr-Jubiläum der FDP wurde am 2. Februar gleich am Gründungsort, dem Bahnhofbuffet Olten, gefeiert.



Ballonfahren ist Teamarbeit.



Motivierte Nationalratskandidatinnen und -kandidaten am Tag der FDP in Aarau am 31. August.



Die Guerilla-Aktion «Neuland», die dem Thema Digitalisierung gewidmet war, erregte schweizweit Aufmerksamkeit.



Der FDP-Messestand mitsamt VR-Brillen und blauer Zuckerwatte fand überall in der Schweiz viel Anklang.



Die Schweiz will: Petra Gössi während ihrer Rede am Tag der FDP in Aarau.

Impressionen aus unserer Basis

Team FDP – gemeinsam weiterkommen

Das Team FDP ist eine Erfolgsgeschichte. Anfang des Jahres 2019 lanciert, hat sich die Basismobilisierung rasch und stark entwickelt. Das Team FDP bleibt auch nach den Wahlen aktiv und wird die Botschaft der FDP weiter an die Menschen in der ganzen Schweiz tragen. Wir zeigen einige Impressionen aus dem Wahljahr.

Im Team FDP haben alle Freisinnigen die Möglichkeit, ihre individuellen Fähigkeiten noch besser einzubringen. Das Team FDP hat sich im Wahljahr bewährt und soll weiter wachsen – werden Sie ein Teil davon, es gibt noch viel zu tun:

https://www.teamfdp.ch/macht_mit



Das Engagement im Team FDP war breit: Es wurden Sonnencremes verteilt ...



... oder Spitzbuben unter die Leute gebracht ...



... mehrmals mit dem Team FDP unterwegs war auch Petra Gössi.



Ausserdem entstand der Digitalisierungs-Podcast «Abenteuer Fortschritt» ...



... Plakate wurden angebracht ...



... Sportanlässe im Team absolviert ...



... und natürlich gingen rund 1000 Freiwillige von Tür zu Tür ...



... um mit den Menschen zu sprechen und sie zu mobilisieren.

Folgen Sie dem Team FDP hier:



@teamFDPSchweiz



@teamFDPSchweiz



@teamfdp_schweiz

Regulierung und Bürokratie

Von links: Jobst Wagner, SD21, Beat Brechbühl, Initiant 5 vor 12, Christian Siegenthaler und Andreas Gerber, SVC-Präsident, bei der Preisverleihung im Berner Rathaus. (PPR/Manuel Lopez)



Mit Menschenverstand gegen Food-Waste

Mehr Nachhaltigkeit – nicht mehr Regulierung

Als Praktikant bei der FDP Schweiz setze ich mich täglich für einen schlanken Staat ein. Und so weiss ich: Um Missstände zu korrigieren, braucht es nicht unbedingt neue Regulierung – manchmal reicht eine Portion gesunder Menschenverstand anstelle von Paragraphen völlig aus. Zum Beispiel sollen Lebensmittel auch nach Überschreitung des Mindesthaltbarkeitsdatums verkauft werden können. Mit dieser Idee konnte ich die zweite Ausgabe des Wettbewerbs «5 vor 12 – Preis für schlaue De-Regulierung» gewinnen.

Würden Sie jeden Tag 5 Tafeln Schokolade wegwerfen? Bestimmt nicht, oder? Doch Herr und Frau Schweizer produzieren pro Jahr 190 Kilogramm «Food-Waste» – rund 500 Gramm pro Tag. Die 2,6 Millionen Tonnen im Abfall statt auf dem Teller landenden Lebensmittel fallen zwischen Produktion und dem privaten Konsum an. Dazu zählen also auch die krummen Rüebli, die nicht verkauft werden dürfen. Doch auch schafft es ein Produkt bis ins Regal, hat es eine befristete Lebenszeit: das Mindesthaltbarkeitsdatum, kurz MHD. Heute ist es so, dass nach Überschreitung des MHD Lebensmittel vergärt, kompostiert oder verbrannt werden müssen.

Eigenverantwortung wird gestärkt

Hier setzt meine Deregulierung an. Die Eigenverantwortung der Bevölkerung wird gestärkt und

gleichzeitig die Beziehung zu Lebensmittel hinterfragt, so intelligenter mit unseren Ressourcen umgegangen und zu guter Letzt spart auch die Wirtschaft Geld.

Grossverteiler sollen die Möglichkeit haben, in einem gekennzeichneten Bereich der Verkaufsfläche Lebensmittel, die das MHD überschritten haben, weiterverkaufen zu können. Frische Lebensmittel wie Eier, Fisch oder Fleisch mit einem gesundheitsschädigenden Risiko sind davon ausgenommen. Teigwaren, Dosenravioli oder Tiefkühlkost sind dagegen auch einige Tage, Wochen oder gar Monate nach Überschreitung des MHD einwandfrei geniessbar.

Es lohnt sich auch für Grossverteiler

Das MHD bedeutet nicht, dass ein Lebensmittel am Tag X+1 giftig ist! Es ist an der Zeit, der Be-

völkerung mit neuen Konzepten und Ansätzen auch in diesem Bereich die Eigenverantwortung zurückzugeben und sie selber entscheiden zu lassen, ob die tiefgekühlten Erbsli oder die Banane noch geniessbar sind. Auch für die Grossverteiler, sprich die Wirtschaft, lohnt sich diese Deregulierung. Sie spart jährlich 500 Millionen Franken für die Entsorgung und Vernichtung der Lebensmittel. Mit meinem Vorschlag werden die Lebensmittel auch nicht verschenkt, sondern zu kostendeckenden Preisen verkauft.

Eine wichtige Frage ist natürlich auch: Besteht seitens Konsumenten überhaupt eine Nachfrage nach diesem Angebot?

Ich kann dies doppelt bejahen. Einerseits durch das «Containern», das Sammeln von Lebensmitteln aus Containern bei Supermärkten. Leute, die es betreiben, bewegen sich in einer Grauzone. Müssen sie, um zu den Containern zu gelangen, ein Schloss aufbrechen oder einen Zaun überwinden, droht ihnen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs oder Sachbeschädigung. Durch meinen Vorschlag wird die Illegalität aufgehoben. Das zweite Argument ist der grüne Tsunami vom 20. Oktober. Die Leute in der Schweiz wollen sich nachhaltiger um unsere Ressourcen kümmern. Dann ist es auch bei den Lebensmitteln Pflicht!

Mein Vorschlag ist eine Deregulierung, die das verantwortungsvolle Handeln der einzelnen Bürgerinnen und Bürger fördert, Food-Waste verhindert, die Wirtschaft entlastet und unsere natürlichen Ressourcen schont.

Christian Siegenthaler, Praktikant Kampagnen, Generalsekretariat FDP.Die Liberalen



Christian Siegenthaler bei der Präsentation seiner Idee. Der nationale Ideenwettbewerb wurde 2019 zum zweiten Mal durchgeführt.

Ständerat: Auf zum 2. Wahlgang!

Gemeinsam weiterkommen.

Gehen Sie wählen!



Unternehmens-Verantwortungs-Initiative

Bürokratie-Monster und Haftungskatastrophe für KMU!

Die sogenannte Konzern-Initiative ist ein gefährlicher Etikettenschwindel für KMU. Denn die Folgen treffen die KMU mit voller Wucht. Neue Haftungsregeln und unklare, weitgehende Anforderungen an die Sorgfaltsprüfung erzwingen einen bürokratischen Kontrollapparat. Auch können KMU für Vorkommnisse bei Zulieferern im In- und Ausland zur Kasse gebeten werden.

Die KMU sind unverhältnismässig stark von der linken Initiative betroffen:

-  KMU haften nicht nur für ihre eigenen Aktivitäten, sondern auch für Verfehlungen von selbstständigen Zulieferern - sogar ohne eigenes Verschulden.
-  Grossunternehmen werden die neuen Auflagen und ihr grosses Haftungsrisiko vertraglich an ihre Lieferanten weitergeben. Für KMU führt dies zu umfassenden Sorgfalts- und Kontrollpflichten.
-  Die umfangreichen Aufsichtspflichten für Lieferanten, Unterlieferanten und Geschäftspartner im In- und Ausland führen zu einem riesigen Mehraufwand. Das zwingt KMU zu einem teuren Kontrollapparat mit schwerfälligen Compliance-Prozessen.
-  Alle Unternehmen können sich bei einer Klage nur von der Haftung befreien, wenn sie ihre Sorgfalt jederzeit lückenlos nachweisen können. Kein anderes Land kennt solche Bestimmungen zum Nachteil ihrer Unternehmen.

stopp-kontrollwahnsinn.ch

Sind Sie betroffen?

Jetzt mit uns Kontakt aufnehmen:
kmu@stopp-kontrollwahnsinn.ch

Position Bundesrat und Wirtschaft

Die Landesregierung teilt grundsätzlich die Ziele betreffend Umwelt- und Menschenrechte, lehnt die Initiative aber ab. Die weltweit beispiellosen Haftungsnormen gehen zu weit. Sie schaden dem Arbeitsplatz und machen unsere Unternehmen erpressbar.

Auch die Wirtschaftsverbände lehnen die extreme Volksinitiative ab:

- economiesuisse
- scienceindustries
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Swissmem



Nein zur Kündigungsinitiative

Angriff auf die Bilateralen abwehren

Im Mai stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Absicht der Initianten ist klar: eine politische und wirtschaftliche Abschottung der Schweiz. Diesen erneuten Angriff auf den stark vernetzten Werk- und Forschungsplatz Schweiz müssen wir abwehren!

Die Initiative stellt zwei klare Forderungen: Die Beendigung der Personenfreizügigkeit mit der EU und den EFTA-Ländern sowie ein dauerhaftes Verbot für den Abschluss vergleichbarer Freizügigkeitsabkommen. Dies hätte für unseren Wohlstand erhebliche negative Auswirkungen. Denn es geht nicht nur um die Personenfreizügigkeit: Kann der Bundesrat diese nicht innerhalb von 12 Monaten auf dem Verhandlungsweg ausser Kraft setzen,

muss er das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU innerhalb von 30 Tagen künden. Durch die Guillotineklausele fallen sechs Monate später alle sieben Abkommen der Bilateralen I dahin. Eine Lösung mit Brüssel scheint angesichts der europäischen Grosswetterlage und des Brexit-Chaos unrealistisch.

Der Wegfall der gesamten Bilateralen I mit unseren wichtigsten Handelspartnern würde die

Schweiz hart treffen. Im Handel mit der EU verdienen wir mehr als jeden zweiten Franken. Rund eine Million Jobs hängen direkt oder indirekt vom Zugang zum europäischen Binnenmarkt ab. Mit den Bilateralen I würden wir einen bedeutenden Standortvorteil zu Grabe tragen.

Schädlich und nutzlos

Die Initiative löst auch die eigentlichen Herausforderungen im Bereich Zuwanderung nicht. Diese liegen im Asyl- und teilweise im Drittstaatenbereich, nicht aber bei den in der Regel gut qualifizierten Zuwanderern aus der EU. Die EU-Zuwanderung hat sich jedoch seit 2013 mehr als halbiert und lag 2018 bei 31 000 Personen. Für das Jahr 2019 zeichnet sich eine noch tiefere Zahl ab. Nicht die von der SVP vorgeschlagene staatliche Lenkung hat die Zuwanderung in den letzten Jahren reduziert, sondern die positive wirtschaftliche Entwicklung Europas, insbesondere Deutschlands. Je besser die Schweizer Wirtschaft läuft, umso mehr Fachkräfte zieht sie an. Wenn aber trotz guter Konjunktur weniger Fachkräfte in die Schweiz kommen, heisst das: Der Wettbewerb wird härter. Bürokratische Zulassungsverfahren für Fachkräfte aus Drittstaaten oder restriktive EU-Kontingente, wie von der SVP verlangt, sind dann ein Bremsklotz für die Entwicklung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Schweiz.

Keine Verdrängung

Die SVP versucht, die Initiative zu emotionalisieren und Ängste um Arbeitsplätze in der Bevölkerung zu schüren. Der jährliche Beobachtungsbericht des Staatsekretariats für Wirtschaft stellte bisher jedoch keine Verdrängung von Inländern auf dem Arbeitsmarkt durch Zuwanderer fest. Nach fast zwei Jahrzehnten Personenfreizügigkeit hat die bereits hohe Beschäftigung sowohl für Schweizer wie auch für die Zuwanderer noch weiter zugenommen. Vom Beschäftigungswachstum haben weitgehend alle Kantone und Regionen profitiert.

Der wichtigste Faktor für sichere Arbeitsplätze in unserem Land sind letztlich gute wirtschafts- und handelspolitische Rahmenbedingungen. Deshalb sind die Bilateralen I, die uns den barrierefreien Zugang zum EU-Binnenmarkt garantieren, von enormem Wert. Wir sind auf diesen grossen Markt vor unserer Haustür angewiesen. Fällt dieser Zugang weg, hat dies unweigerlich massiv negative Konsequenzen für die Arbeitsplätze in unserem Land. Kurzum: Die Kündigungsinitiative der SVP löst keine Probleme, schafft aber schwerwiegende neue! Getrauen wir uns deshalb, dieser gefährlichen Initiative mutig entgegenzutreten, die Fakten sind auf unserer Seite.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE



Der Staat als Preistreiber bei Wohnungen?

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will Mietwohnungen staatlich fördern und damit die Marktpreise erhöhen: 10 Prozent der Neubauten sollen gemeinnützig sein. Dafür will sie unter anderem eine landesweite Mindestquote an gemeinnützigen Wohnungen in die Bundesverfassung setzen. Die geforderten Markteingriffe sind jedoch weder nötig noch realistisch.

Der Marktanteil gemeinnütziger Wohnbauträger bei neugebauten Wohnungen beträgt heute schweizweit knapp 5 Prozent. Die Initianten wollen Bund und Kantone verpflichten, diesen Anteil auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Die Initiative ist mit den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung nicht vereinbar, denn sie führt letztlich dazu, dass Wohnungen knapper werden und die Preise für Wohnungen steigen.

Um die verlangte Quote zu erreichen, müsste die staatliche Förderung stark ausgebaut werden. Das heisst, der Staat müsste selbst anfangen, entweder Wohnungen zu bauen oder zu kaufen. Damit wird der private Markt knapper, und die Preise steigen. Eigentlich wollen die Initianten ja erschwinglichen Wohnraum erzielen – aber der Effekt dieser gut ge-

meinten und falsch gemachten Lösung ist das Gegenteil: Für alle privaten Wohnungen verknappt sich der Markt, und dies öffnet die Türen für Spekulationen und Preistreiberei.

Staatlicher Wohnungsbau verknappt den Markt

Mit der 10-Prozent-Quote staatlichen Wohnens müssten bei gleichbleibender privater Bautätigkeit in der ganzen Schweiz jährlich mehr als doppelt so viele gemeinnützige Wohnungen erstellt werden.

«Ziel ist erschwinglicher Wohnraum – die Initiative erreicht das Gegenteil.»

Die Quote in der Verfassung zwänge den Bund, in den Bau von gemeinnützigen Wohnungen zu investieren, obwohl gar kein Bedarf besteht: In der Schweiz sind die Leerstände so hoch wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. 75 323 Wohnungen standen am 1. Juni 2019 leer. In manchen Regionen erhält man sogar mietfreies Wohnen für mehrere Monate.

Bundesamt für Wohnungsbau konkurriert mit Kantonen

Zwar ist die Nachfrage nach Wohnungen in den grossen Städten Zürich, Basel, Genf, Lausanne und Bern nach wie vor sehr hoch. Allerdings betreiben gerade diese Städte heute ihre eigene Politik zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Eine Lösung aus Bern würde diese eigenständigen und föderalen Lösungen konkurrenzieren. Überdies ist es offensichtlich, dass die kantonalen Behörden die Verhältnisse vor Ort viel besser kennen, als die Bundesstellen.

Private Bauherren müssen zurückstehen

Um das private Bauen so zu steuern, dass der Bund genügend Bauen kann, müsste der Bund über enorme staatliche Eingriffe am Markt intervenieren. Der Bund könnte zum Beispiel über Kontingente festlegen, welche Bauträger jährlich wie viele Wohnungen bauen dürfen. Oder er könnte durch Baubeschränkungen privaten Wohnungsbau gezielt verhindern und die Quote staatlicher Wohnungen so ohne jegliche Bautätigkeit steigern. Allein diese Gedankenspiele zeigen, wie unpassend eine solche Initiative wäre.

Grundlagenirrtum: Staatliche Wohnungen sind nicht billig

Die Initianten sitzen einem Grundlagenirrtum auf: Sie gehen davon aus, dass preisgünstige Wohnungen ausschliesslich durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden. Dabei verkennen sie, dass auch private Investoren günstige Wohnungen bauen können – und dabei noch innovativ sind. Heute ist doch klar: Den Wohnungssuchenden ist mit einem gesunden Markt und einem guten Angebot am besten gedient. Wird Bautätigkeit gefördert und Vermieten attraktiv, wird automatisch in diesen Markt investiert. Subventionen, Regulierungen und Beschränkungen setzen aber genau die falschen Anreize und verteuern es, Wohnungen zu bauen.

Daniela Schneeberger
Nationalrätin BL

Die Neugewählten stellen sich vor

Damien Cottier

«Emploi, Europe, Environnement»

Nach den eidgenössischen Wahlen dürfen wir einige neue Gesichter im Nationalrat begrüßen. Die Neugewählten stellen sich Ihnen gleich selber vor. Den Anfang macht Damien Cottier (44) aus dem Kanton Neuenburg.

Die Bürgerinnen und Bürger von Neuenburg haben mich am 20. Oktober in den Nationalrat gewählt, was mich sehr ehrt. Gerne werde ich mich von ganzem Herzen für die Verteidigung liberaler Werte im Parlament einsetzen. Ich darf zu einer Fraktion stossen, die ich ziemlich gut kenne: Nach 15 Jahren Tätigkeit auf kantonaler Ebene (insbesondere als Grossrat und Fraktionschef) hatte ich in den letzten zehn Jahren regelmässig mit der FDP-Fraktion zu tun, zuerst als Kommunikations-Chef der FDP Schweiz, danach acht Jahre als persönlicher Mitarbeiter von alt Bundesrat Didier Burkhalter.

Meine politischen Prioritäten liegen auf den drei Themen Arbeitsplätze, Europa und Umwelt. Sie sind für eine wohlhabende und nachhaltige Schweiz unerlässlich und lassen sich Französisch mit «3 E» zusammenfassen:

1) Emploi: Wir müssen die Beschäftigung fördern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und die For-

schungs- und Innovationskapazitäten unseres Landes sichern und Teil der digitalen Revolution sein. Unsere Unternehmen arbeiten daran, der Bund muss es besser machen! Die Schweiz setzt hier auf die liberale Vision der FDP.

2) Europe: Wir müssen unsere Beziehungen zu Europa sichern. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist von entscheidender Bedeutung. Wir müssen die Kündigungsinitiative bekämpfen, das Rahmenabkommen unterstützen und so den bilateralen Weg, den Königsweg der Schweiz, sichern. Die Schweiz setzt hier auf den Mut und den Pragmatismus der FDP.

3) Environnement: Wir müssen mehr für die Umwelt tun. Unsere Partei muss und will ihr Engagement verstärken: mit liberalen Rezepten, durch Innovation, aber ohne Angst vor stärkeren Massnahmen, wenn nötig. Wir wollen den Klimawandel begrenzen und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen



Damien Cottier

– eine «Green Economy» statt Wachstumskritik. Die Schweiz setzt hier auf die Weitsicht der FDP.

Indem wir an diesen Fronten kämpfen, werden wir gemeinsam weiterkommen. Für eine prosperierende, offene und nachhaltige Schweiz. Eine liberale Schweiz.

Damien Cottier,
gewählter Nationalrat NE

Jacqueline de Quattro

Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Jacqueline de Quattro bringt einen grossen politischen Rucksack mit. Sie steht dem Departement für Bau und Umwelt des Kantons Waadt vor.

Ich bin ein echter Schweizer «Tuttifrutti». Ich bin am Ufer der Limmat in Zürich geboren, wo ich bis zum Alter von 11 Jahren lebte. Meine Eltern liessen sich dann im Kanton Waadt nieder, wo ich die Schule besuchte und studierte. Jedes Jahr verbringe ich meine Ferien mit meiner Familie in Graubünden und spreche Italienisch. Als ausgebildete Rechtsanwältin habe ich den Weg des Rechts um der Gerechtigkeit willen gewählt. Ich mag es auch, ein Schauspieler, ein Entscheidungsträger zu sein. Ich wollte schon immer Dinge verändern, mich an der Gestaltung eines Gesellschaftsprojektes beteiligen, das auf liberal-freisinnigen Werten basiert. Das sind die Gründe, warum ich der FDP beigetreten bin.

Nachdem ich in den Legislativen und Exekutiven meiner Gemeinde und im Grossen Rat meine Spuren abverdiente, wurde ich 2007 in den Staatsrat des Kantons Waadt berufen. Ich war für die Bereiche Sicherheit, Umwelt, Energie, Gleichstellung und Raumplanung verantwortlich. In diesen ver-

gangenen dreizehn Jahren habe ich gesellschaftspolitische Themen wie die Stärkung der Sicherheit, den Ausbau erneuerbarer Energien, Umweltschutz, die Umsetzung der neuen Rumplanungsgesetzgebung, die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gleichberechtigung umgesetzt.

Das Land voranbringen

In Bern werde ich an der Findung der notwendigen Kompromisse mitarbeiten, um unser Land voranzubringen, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Energie und Sicherheit. Ich bin gegen eine Bestrafungs-Ökopolitik, die unsere Unternehmen und den Mittelstand benachteiligen würde. Wir müssen jedoch neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft von morgen schaffen, die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit fördern.

Jacqueline de Quattro,
gewählte Nationalrätin VD



Jacqueline de Quattro

Simone de Montmollin

Für eine starke Zusammenarbeit

Simone de Montmollin aus Genf kämpft für Gemeinwohl und Zusammenarbeit. Sie möchte sich für das Interesse des Landes einsetzen und dabei die regionalen Besonderheiten berücksichtigen.

Als Önologie-Ingenieurin arbeitete ich zunächst in Lehre und Forschung, bevor ich als Selbstständige bei technischen und wirtschaftlichen Fachverbänden tätig war. Ich lebe auf dem Land in Genf, mit meinem Mann und unseren beiden Töchtern. Als Präsidentin der Verband Schweizer Önologen bin ich Mitglied in den Ausschüssen verschiedener Berufsverbände.

Ich bin seit 2008 in der Politik voll engagiert (gewählt als Abgeordnete im Verfassungsrat, dann als Grossrätin 2013, wiedergewählt 2018). Meine Hauptmotivation ist das Engagement für das Gemeinwohl, das untrennbar mit unseren Bürgerpflichten verbunden ist.

Meine politischen Interessengebiete erweitern meine beruflichen Engagements: Wirtschaft, Umwelt, Raumordnung, Landwirtschaft, Energie, Ausbildung, Forschung und unsere multilateralen Beziehungen. In diesem Zusammenhang begrüsse ich

die Position der FDP zum Thema Umwelt, die am 22. Juni 2019 klar bestätigt wurde.

Nach zehn Jahren in der kantonalen Politik freue ich mich, mich im Nationalrat engagieren zu dürfen. Die Rahmenbedingungen für eine prosperierende und diversifizierte Wirtschaft bleiben eine Priorität. Die umweltpolitischen Fragen betreffen uns sowohl in wirtschaftlicher als auch privater Hinsicht und schliessen Themen wie lokale Lebensmittel oder die Erhaltung des Naturerbes ein. Nur koordiniertes Vorgehen, auf nationaler wie globaler Ebene, wird wirksam sein. Ich stehe ein für Kohärenz. Dazu gehören multilaterale Abkommen, die unseren Exportunternehmen Rechtssicherheit bieten, ebenso wie die Entwicklung einer nachhaltigen einheimischen Wirtschaft.

Simone de Montmollin,
gewählte Nationalrätin GE



Simone de Montmollin

Alex Farinelli

Sozialwerke, Umwelt, Aussenbeziehungen

Auch Alex Farinelli aus dem Tessin liegt der Föderalismus am Herzen. Zudem sieht er drei grosse Herausforderungen für unser Land, die er gerne anpacken würde.

«Im Interesse der Schweiz handeln und gleichzeitig die Besonderheiten aller Kantone berücksichtigen»: So könnte ich meine politischen Prioritäten zusammenfassen. Wenn man die verschiedenen Regionen unseres Landes in Bundesbern stärker berücksichtigen möchte, stellt man sich nicht gegen die Interessen des Landes. Vielmehr zählt es, dass man bereit ist, über die lokalen und nationalen Interessen nachzudenken und sie sorgfältig abzuwägen, wenn sie manchmal voneinander abweichen.

Drei grosse Themen

Nach meiner Meinung werden in den kommenden vier Jahren drei Themenbereiche in Bern eine zentrale Rolle spielen: Der erste ist die Alterung der Bevölkerung, die uns zu einem Umdenken beim Rentensystem zwingt, sowie die Herausforderung, dem Anstieg der Gesundheitskosten zu begegnen. Der zweite Bereich ist die Umweltpolitik, die eng

mit der Energiestrategie und der Verkehrspolitik verknüpft ist – für das Tessin bedeutet dies die Vervollständigung von AlpTransit mit der Verlagerung des Warentransits von der Strasse auf die Schiene. Und drittens sehe ich die Beziehungen zum Ausland und insbesondere zu Europa, das in jeder Hinsicht (Wirtschaft, Sicherheit, Forschung usw.) unser wichtigster Partner ist.

Von Bedeutung sind natürlich noch viele weitere Themen wie Bildung, Digitalisierung oder Armee – auch hier gibt es Herausforderungen anzupacken. Aber die drei erstgenannten Themenbereiche dürften am meisten in unseren Alltag einfließen, und ich werde sehr gerne, zusammen mit meinen freisinnigen Kolleginnen und Kollegen, an diesen grossen Herausforderungen für die Schweiz arbeiten.

Alex Farinelli,
gewählter Nationalrat TI



Alex Farinelli

Die Neugewählten stellen sich vor

Anna Giacometti

Ein langer Arbeitsweg

Anna Giacometti ist Gemeindepräsidentin von Bregaglia, wo 2017 der Bergsturz vom Piz Cengalo niederging und das ganze Land bewegte. Für Graubünden holt sie nach 8 Jahren den Nationalratssitz der FDP zurück.

Ich bin 1961 geboren und in Castasegna GR – an der Grenze zu Italien – aufgewachsen. Mit sechzehn Jahren habe ich das Bergell verlassen, um am Lyceum Alpinum Zuoz die Handelsschule zu absolvieren; es folgte ein Jahr in England, dann arbeitete ich in Chur. Nach einer Ausbildung beim Departement für auswärtige Angelegenheiten in Bern war ich im konsularischen Dienst auf der Schweizer Botschaft in Lissabon und im Generalkonsulat in Mailand tätig. 1987 bin ich ins Bergell zurückgekehrt; ich habe zwölf Jahre lang einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb geführt und war Präsidentin der Vormundschaftsbehörde Oberengadin/Bergell.

Erfahrung mit schwierigen Situationen

Seit vielen Jahren bin auf kommunaler und regionaler Ebene politisch tätig. Als Präsidentin des Regionalverbandes Bregaglia durfte ich das Fusionsprojekt der Bergeller Gemeinden koordinieren und als

Gemeindepräsidentin die Entwicklung der Gemeinde Bregaglia mitgestalten. Nach dem Bergsturz am Piz Cengalo konnte ich zeigen, dass es für die Bewältigung einer Naturkatastrophe und bei schwierigen Situationen nicht auf Frau oder Mann ankommt.

Ich habe dieses Jahr für den Nationalrat kandidiert, weil ich dazu beitragen wollte, dass die FDP Graubünden ihren Sitz im Nationalrat zurückerobert. Meine Wahl war für mich eine grosse Überraschung. Ich freue mich sehr, die Interessen der Bündner Bevölkerung im Nationalrat vertreten zu dürfen. Vermutlich bin ich die Parlamentarierin mit dem längsten Arbeitsweg.

Ich lebe mit meinem Lebenspartner in Stampa GR und habe zwei erwachsene Söhne und ein Enkelkind.

Anna Giacometti,
gewählte Nationalrätin GR



Anna Giacometti

Andri Silberschmidt

Vom Jungfreisinn in den Nationalrat

Andri Silberschmidt ist jung, ambitioniert und seit 2016 Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Nun ist er mit 25 Jahren der jüngste Nationalrat.

Manches konnte man in den letzten Wochen und Tagen über mich lesen: dass ich jetzt 10 Jahre bei der Zürcher Kantonalbank war, vor drei Jahren mit Freunden als Start-up eine Gastronomieketten namens kaisin. gegründet habe, acht Jahre in unterschiedlichen Funktionen beim Jungfreisinn mich engagierte und seit Frühjahr 2018 im Zürcher Gemeinderat mitwirken darf. Hinzufügen kann ich, dass ich nach meiner Banklehre an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) einen Bachelor in Betriebsökonomie abgeschlossen habe. Vor wenigen Monaten konnte ich an der Cass Business School in London den Master in Global Finance erfolgreich zu Ende bringen. Von morgens sechs bis sieben findet man mich meistens im Fitness und auch sonst steht Sport häufig auf dem Programm. Und im Übrigen mache ich halt in meiner Freizeit das, was 25-Jährige so machen.

Zum Politischen: Für mich war schon als Jugendlicher keine Frage, dass ich mich im Freisinn

engagieren möchte. Ich habe eine grundliberale Einstellung, sehe aber die Notwendigkeit, dass der Staat seine Kernaufgaben, ausgestattet mit den notwendigen Mitteln, wahrnehmen muss. Persönlich ist mir auch der soziale Ausgleich wichtig. Jene, die leistungsfähig sind, dürfen nicht durch unnötige Regulierung gebremst werden. Aber jene, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, müssen wir gezielt und nach dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» unterstützen. Zudem möchte ich, dass die Schweiz die Chancen der Digitalisierung nutzen kann.

Ich weiss, welch unglaubliches Privileg ich habe, nun in Bern mitwirken zu können. Das wird mich fordern, aber ich verspreche, dass ich mich mit all meinen Möglichkeiten einsetzen will. Für unseren Kanton, für die Schweiz und natürlich ganz besonders für die FDP.

Andri Silberschmidt,
gewählter Nationalrat ZH



Andri Silberschmidt

Susanne Vincenz-Stauffacher

Vereinbarkeit in der Praxis

Susanne Vincenz-Stauffacher zieht für den Kanton St. Gallen in den Nationalrat. Die Herausforderungen von Beruf, Familie und politischem Engagement kennt sie aus der alltäglichen Praxis.

Aufgewachsen in einer politisch interessierten Familie, waren lebhaft Diskussionen an der Tagesordnung. Die Akzeptanz unterschiedlicher Auffassungen und die Lust, die eigene Meinung zu vertreten, konnten dabei nachhaltig Wurzeln schlagen.

25-jährig wagte ich den «Sprung ins kalte Wasser» und gründete zusammen mit einer Studienkollegin eine eigene Anwaltskanzlei. Meine beruflichen Schwerpunkte, Familien-, Bildungs- und Wirtschaftsrecht, habe ich stets kombiniert mit sozialen Engagements, beispielsweise als Präsidentin der kantonalen Frauenzentrale sowie als Ombudsfrau Alter und Behinderung und als Präsidentin der Opferhilfe, beides für die Kantone St. Gallen und beider Appenzell. Hinzu kam der Einsitz im Kantonsrat. Als Mutter von zwei Töchtern habe ich dabei die Herausforderungen hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik ganz praktisch erlebt.

Der Nationalratswahlkampf erforderte weit über hundert Auftritte in allen Regionen unseres Ringkantons St. Gallen. Das war ausgesprochen spannend. Die dadurch erreichte Bekanntheit hat sicher zum guten Wahlergebnis beigetragen. Mein persönlicher Gewinn geht aber viel weiter. Die zahllosen Gespräche mit unterschiedlichsten Menschen haben mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass es sich lohnt, für die Öffentlichkeit tätig zu sein.

Ich bin sehr motiviert, im Nationalrat meine politischen Schwerpunkte umzusetzen: gute Bildung für alle; langfristige Sicherung der Altersvor-



Susanne Vincenz-Stauffacher

sorge; solide Rahmenbedingungen für die Wirtschaft; Förderung Vereinbarkeit Familie, Beruf und Politik; Eigenverantwortung für eine nachhaltige Klimapolitik. Ich freue mich darauf!

Susanne Vincenz-Stauffacher,
gewählte Nationalrätin SG

AGENDA

11. Januar

Delegiertenversammlung im Kanton Schwyz

9. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. April

Delegiertenversammlung in Biel

27. Juni

Delegiertenversammlung

31. Oktober

Delegiertenversammlung

Abonnieren Sie den Meinungsmacher

Mit unserem elektronischen FDP-Newsletter «Meinungsmacher» bleiben Sie auf dem Laufenden!

Abonnieren unter:
<https://www.fdp.ch/newsletter>
oder mit dem QR-Code.



So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind
jetzt mehr als Bilder –
lassen Sie sie lebendig werden!



- 1** Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.
- 2** Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».
- 3** Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06

Wir gratulieren allen bisher gewählten Kandidatinnen und Kandidaten und wünschen viel Erfolg!

Gemeinsam weiterkommen.



Thierry Burkart



Matthias Jauslin



Susanne Vincenz-Stauffacher



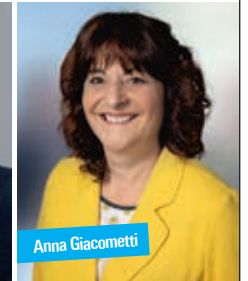
Andri Silberschmidt



Andri Silberschmidt



Alex Farinelli



Anna Giacometti



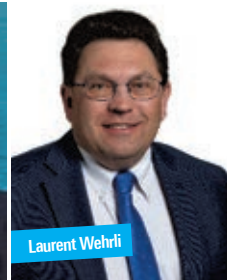
Frédéric Borloz



Olivier Feller



Kurt Fluri



Laurent Wehrli



Christian Lüscher



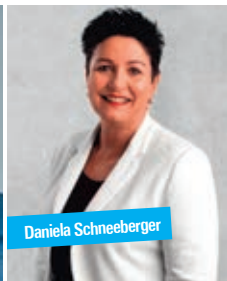
Simone de Montmolin



Josef Dittli



Hans Wicki



Daniela Schneeberger



Marcel Dobler



Isabelle Moret



Philippe Bauer



Damien Cottier



Jacques Bourgeois



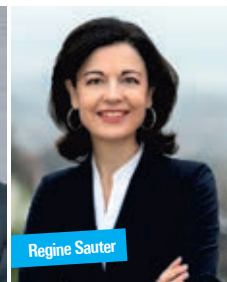
Philippe Nantermod



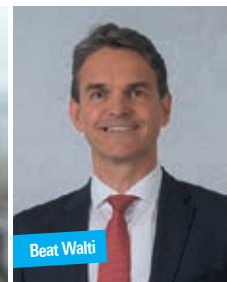
Rocco Cattaneo



Hans-Peter Portmann



Regine Sauter



Beat Walti



Damian Müller



Jacqueline de Quattro



Christa Markwalder



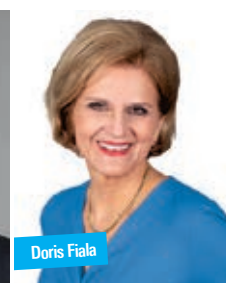
Christian Wasserfallen



Petra Gössi



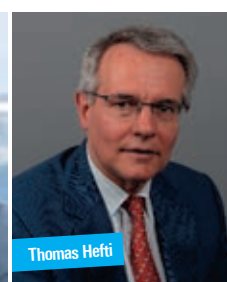
Martin Schmid



Doris Fiala



Andrea Caroni



Thomas Hefti



Albert Vitali